



Politik

US-Kongressdelegation trifft zu Gesprächen über regionale Sicherheit in Taiwan ein

Am 27. Mai traf eine Delegation des US-Kongresses unter der Leitung des US-Abgeordneten Bruce Westerman in Taiwan ein.

Wie das American Institute in Taiwan (AIT) mitteilte, besucht die Gruppe im Rahmen einer größeren Reise in die Indo-Pazifik Region Taiwan für drei Tage.

Das Besuchsprogramm sieht Gespräche mit hochrangigen taiwanischen Politikern über bilaterale Beziehungen, regionale Sicherheit und einige Bereiche von gemeinsamem Interesse vor.

„Der Besuch unterstreicht das Engagement der Vereinigten Staaten für ihre Partnerschaft mit Taiwan und bekräftigt unser gemeinsames Engagement zur Stärkung eines freien und offenen Indo-Pazifiks“, äußerte ein AIT-Sprecher.

Nach Angaben des Außenministeriums in Taipeh wird die Delegation mit Präsident Lai Ching-te und Vizepräsidentin Hsiao Bi-khim zusammentreffen und an einem von Außenminister Lin Chia-lung ausgerichteten Bankett teilnehmen.

Westerman, Mitglied des *Congressional Taiwan Caucus*, besuchte Taiwan bereits 2016 und hat zahlreiche taiwanfreundliche Resolutionen und Initiativen des Kongresses mitgetragen oder unterstützt.

Wie das Außenministerium verlautete, werde es weiterhin eng mit Freunden im Kongress und der Trump-Administration zusammenarbeiten, um die Partnerschaft zwischen Taiwan und den USA zu vertiefen.

Berichten zufolge 500 US-Militärausbilder in Taiwan

Der pensionierte Konteradmiral der US-Marine, Mark Montgomery, erklärte vor Kurzem, dass 500 US-amerikanische Militärangehörige in Taiwan Schulungen für das taiwanische Militär durchführen und diese Zahl auf 1.000 erhöht werden sollte.

Am 15. Mai hielt das *US House Select Committee on China* eine Anhörung mit dem Titel "Abschreckung inmitten zunehmender Spannungen: Verhinderung einer KPCh-Aggression auf Taiwan" ab.

Bei der Anhörung enthüllte Montgomery die Existenz eines gemeinsamen Ausbildungsteams in Taiwan und sagte: „Da ist ein US-Team dort, das jetzt etwa 500 Leute umfasst.“ Und fügte hinzu: „Es müssten tausend sein.“ Er schlussfolgerte: „Wenn wir sie mit Milliarden von Dollar unterstützen und ihnen US-Ausrüstung im Wert von zig Milliarden Dollar verkaufen, ist es sinnvoll, dass wir dort drüben trainieren und arbeiten.“

Montgomery wies darauf hin, dass der *Taiwan Enhanced Resilience Act* das Verteidigungsministerium anweist, Taiwans

Streitkräfte auszubilden. Die USA könnten Taiwan helfen, sich auf die Verteidigung gegen eine chinesische Invasion vorzubereiten, betonte Montgomery und fügte hinzu, „es bedarf des Engagements und der Beteiligung der USA, um sie an den Punkt zu bringen, an dem sie wirklich über eine echte Interventionsabwehrkraft verfügen.“

Wirtschaft

Präsident Lai drängt auf Unterzeichnung eines Wirtschaftspakts mit der EU



Präsident Lai traf am 27. Mai mit einer Gruppe von Mitgliedern des Europäischen Parlaments (EP) zusammen. Der Delegation gehörten Reinis Pozņaks, Beatrice Timgren und der politische Berater des Europäischen Parlaments, Jens Vornøe, an.

Der Präsident wies darauf hin, dass das EP im April zwei Entschließungen zu seinen Jahresberichten über die Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) verabschiedet hatte. In den Berichten wurde die Haltung des Europäischen Parlaments zur Aufrechterhaltung des Status quo in der Taiwanstraße bekräftigt.

Lai erklärte, das EP betone Taiwans Rolle als wichtiger demokratischer Partner im asiatisch-pazifischen Raum und fordere die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Zusammenarbeit mit Taiwan durch eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken.

Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass Taiwan und die EU ihre Kooperation vertiefen, um eine widerstandsfähigere demokratische Lieferkette aufzubauen und zur Förderung der globalen Demokratie beizutragen.

Pozņaks sagte, dass sich sowohl Lettland als auch Taiwan Bedrohungen durch ihre jeweiligen Nachbarn gegenübersehen, und drückte dem taiwanischen Volk sein tiefes Mitgefühl aus. Ferner betonte er, dass die Welt heute voller Herausforderungen sei und rief alle demokratischen Länder dazu auf, sich zusammenzuschließen und zusammenzuarbeiten, um Freiheit und Demokratie zu verteidigen und eine Welt der Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten.

Timgren erklärte, dass die demokratischen Länder eine Lehre aus dem russisch-

ukrainischen Krieg gezogen und sich für die Ukraine eingesetzt hätten, wodurch Russlands Fähigkeit, Krieg zu führen, geschwächt worden sei. Sie ergänzte, dass die Demokratien sich gegenseitig unterstützen und ihre Beziehungen stärken sollten, um Solidarität zu zeigen und sich besser gegen Bedrohungen aus China und Russland zu verteidigen.

Präsident Lai will Taiwan zur KI-Drehscheibe machen



Taiwan sei mit für die zukünftige Entwicklung der Welt verantwortlich und bereit, im Zeitalter der künstlichen Intelligenz als technologischer Brennpunkt zu fungieren, sagte Präsident Lai am 23. Mai bei der Eröffnungsfeier des Globalen Forums zur Partnerschaft in der Halbleiterlieferkette in Taipeh.

Die Veranstaltung wurde vom Forschungsinstitut für Industrietechnologie (ITRI) mit Sitz im Landkreis Hsinchu organisiert und brachte mehr als 700 Akademiker, Wirtschaftsvertreter und andere Fachleute nach Taiwan.

Nach Angaben des Präsidenten stehe Taiwan weltweit an erster Stelle bei der Herstellung integrierter Schaltkreise, der Verpackung und beim Testen. Das Land könne die Zusammenarbeit mit weiteren Segmenten der Lieferkette in Japan, den Niederlanden und den USA verbessern, um Taiwans Halbleiterindustrie weiterzuentwickeln.

Lai ging auch auf das Problem des Preisdumpings in diesem Sektor ein und nannte Chinas Subventionen für seine Stahl-, Solarpaneele- und Automobilindustrie als ähnliche Beispiele. Die Länder sollten sich zusammenschließen und partnerschaftlich zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass unfair niedrige Preise das Wachstum und die Innovation im globalen Halbleitersektor behindern.

Zusätzlich zu Taiwans international anerkannter Hardware sei die Regierung entschlossen, Software-Fortschritte zu machen, um die KI-Industrie weiter zu fördern und mit dem Privatsektor zusammenzuarbeiten, um eine Politik zu entwerfen, welche die rechtlichen Mechanismen verbessere und finanzielle Unterstützung und steuerliche Anreize biete, führte der Präsident aus und fügte hinzu, die Behörden würden zudem daran arbeiten, mehr Rechenzentren und Supercomputer einzurichten.